

Dokumentation

Außenpolitik

Karsten Giese

Interessenkonflikt in Sachen Iran

Die Krise um das lange geheim gehaltene Programm Irans zur Anreicherung von Uran offenbart erneut ein außenpolitisches Dilemma für China. Auf der einen Seite erfreut sich die VR China guter Beziehungen zum Iran, der im Zusammenhang mit der Diversifizierung und langfristigen Sicherung von Nachschub an fossilen Brennstoffen für die chinesische Wirtschaft ein wichtiger Partner ist. Andererseits hat China sowohl im Hinblick auf die globale Stabilität als auch im Hinblick auf die Sicherheit seiner Energieeinfuhren jedoch auch kein Interesse an einem nuklear gerüsteten Staat in der sensiblen Ölregion, der sich in letzter Zeit noch dazu als ähnlich unberechenbar erweist wie Nordkorea.

Erst kürzlich war beispielsweise die erste Phase eines auf 25 Jahre angelegten Projekts zur Ausbeutung des Masjed Soleyman Ölfelds eingeleitet worden, an dem China mit einem Anteil von 75% (entspricht 85 Mio. US\$) beteiligt ist. Bereits im Jahr 2004 war ein ähnlicher Vertrag über die ebenfalls 25 Jahre angelegte Lieferung von Erdgas zwischen Unternehmen beider Staaten abgeschlossen worden. China hat also ein erhebliches Interesse daran, die Beziehungen zum Iran nicht zu belasten. Insofern ist die

chinesische Haltung verständlich, eine Überweisung der Konfliktlösung von der IAEO hin zum UN-Sicherheitsrat möglichst zu vermeiden bzw. zu verzögern, um nicht klar Position gegen den Iran beziehen zu müssen. Sanktionen, deren Androhung bzw. Verhängung durch den Sicherheitsrat insbesondere von amerikanischer und europäischer Seite angestrebt werden, werden in diesem Zusammenhang vom chinesischen Außenministerium abgelehnt. Es sei zu befürchten, so hieß es hier, dass der Konflikt eher weiter eskaliere und eben keine Entschärfung herbeigeführt werden könne.

Auf Druck der Europäer und der USA stimmte letztlich jedoch auch China der Überweisung des Problems an den Sicherheitsrat zu, nicht jedoch ohne dem Iran eine weitere Erklärungs- und Verhandlungsfrist bis zum 6. März einzuräumen. Bis dahin bleibt Zeit, um einen Kompromiss auf der Basis des russischen Vorschlags auszuhandeln, der eine Urananreicherung für die zivile Nutzung im Iran auf russischem Boden vorsieht. Der Iran reagierte auf diesen Vorschlag jedoch mit Zurückhaltung. Zur Lösung könnte beitragen, dass auch China in diesen Vorschlag mit einbezogen würde. Nach anfänglichem Zögern war Ende Januar/Anfang Februar aus dem chinesischen Außenministerium zu vernehmen, dass man sich auch hier eine entsprechende Beteiligung an der Urananreicherung für den Iran vorstellen könne. Es war sogar davon die Rede, China könne diese Aufgabe ohne die Beteiligung Russlands übernehmen.

Die grundsätzliche Interessenlage des Iran an der Schaffung von Anreicherungs-kapazitäten wird von chinesischen Experten folgendermaßen erklärt: Der Zugriff auf Nukleartechnologien stehe im engen Zusammenhang mit iranischen Sicherheitsinteressen, die allerdings nicht näher ausgeführt wurden. Darüber hinaus ist es die Motivation des Irans zu den Großen der Welt zu gehören, die hier von entscheidender Bedeutung sei. Die Brückierung der internationalen Atomenergiebehörde IAEA durch die Aufnahme der Anreicherungs-forschung am 10. Januar erklärt man sich in China damit, dass der Iran zu der Einschätzung gelangt sei, dass sein politischer Hauptopponent, die USA, sich in einem Zustand der Schwäche befände. Die zunehmend prekäre Stellung der Besatzungsmacht USA im Irak, die stark geschwundene Zustimmung zur Politik der Regierung Bush in den USA selbst und nicht zuletzt die drastisch gestiegenen Ölpreise wurden vom Iran als günstige Gelegenheit angesehen, seine strategischen Interessen auch gegen internationalen Widerstand zu verfolgen, so die chinesische Analyse durch den ehemaligen chinesischen Botschafter im Iran, Hua Liming. Der Iran, so Hua weiter, gehe nach der Taktik vor, sich zurückzuziehen, sobald der Feind vordringe und seinerseits vorzudringen, sobald der Feind sich auf dem Rückzug befände. Als Feind in diesem Zusammenhang gelten Europa und die USA, deren Kapazitäten anderweitig weitgehend gebunden seien.

Trotz dieser Analyse zeigte sich China jedoch seinerseits nicht bereit, vorzudringen und den Iran damit durch die Demonstration von Macht in die Defensive zu drängen.

Dabei sind es wohl weniger Überlegungen hinsichtlich aktueller Rohstofflieferungen als langfristige strategische Überlegungen im Zusammenhang mit dem von China propagierten Selbstbild als kommende und einzige nicht interventionistische Großmacht, die das gegenwärtige Handeln der Volksrepublik in der iranischen Atomfrage bestimmt. Auf die langfristig angelegten Lieferverträge für iranisches Öl und Erdgas hätten heutige Sanktionen wenig direkte Auswirkungen, da entsprechende Transport- und Umschlagskapazitäten beispielsweise für die Erdgaslieferungen in beiden Ländern erst bis zum Jahr 2010 entstehen sollen.

China möchte generell nicht als Akteur in Erscheinung treten, der Sanktionen gegen ein Drittland befürwortet. Wissenschaftler eines regierungsnahen chinesischen Forschungsinstituts machten gegenüber der chinesischen Presse denn auch den Vorschlag, die Shanghai Cooperation Organisation SCO könne in den Konflikt als Schlichter eingreifen. China und Russland als die wichtigsten Mitglieder der Organisation seien sich in ihrer Position in der Frage ohnehin einig, und eine Intervention seitens der SCO läge auch im Interesse des Iran, da auf diese Weise sowohl die USA als auch der UN-Sicherheitsrat außen vor blieben. Vor allem bliebe es bei einem Engagement seitens der SCO sowohl Russland als auch China erspart, als Staat eine deutliche Position beziehen zu müssen.

Größere Überzeugungskraft dürften letztlich Ende Januar die amerikanischen Emissäre in Beijing gehabt haben, die der chinesischen Regierung deutlich vor Augen hielten, dass ein nuklear aufgerüsteter Iran

keineswegs zur Stabilität der Region beitragen würde und damit nicht nur amerikanischen und europäischen sondern im Kern auch den chinesischen Interessen an einer sicheren Energiebasis zuwider liefen. Dass es Anfang Februar nicht zu einer direkten Überweisung der Problematik an den UN-Sicherheitsrat kam, sondern dem Iran eine weitere Frist bis Anfang März für die Aufklärung über sein lange geheim gehaltenes Atomprogramm gegenüber der IAEA eingeräumt wurde, ist als Rücksichtnahme auf die Interessen Chinas und Russlands zu verstehen. (IRNA online, 17.12.05, nach BBC EF, 19.12.05; HB, 27.-29.1.06; FT, 16.1.06, 1.2.06; NZZ, 14./15.1.06; SCMP, 27.1.06; ZTS, 16./23.1.06, nach BBC PF, 17./24.1.06; WSJ, 25.1.06; *Nezavisimaya Gazeta*, 25.1.06, nach BBC PF, 26.1.06; Xinhua, 26.1.06; KURIER online, 6.2.06)

Qualitativer Wandel des chinesischen Militärs

Das chinesische Militär hat die Bedeutung der Public Relations entdeckt. Dies war der Tenor der asiatischen Presse, die die euphorische Meldung des chinesischen Verteidigungsministeriums aufgegriffen hatte, der im Jahr 2003 erstmals angekündigte Truppenabbau um 200.000 Mann sei Ende Dezember 2005 planmäßig vollendet worden. Nach wie vor ist die Volksbefreiungsarmee nach der Zahl ihrer Soldaten mit 2,3 Mio. die größte der Welt. Auch handelte es sich bei der jüngsten Reduzierung bereits um die zehnte seit Gründung der Volksrepublik China, und nicht zuletzt war es die zahlenmäßig geringste.

Von größerer Bedeutung ist die jüngste Reduzierung im Zusammenhang mit dem generellen Umbau der chinesischen Streitkräfte. So wurden die Landstreitkräfte zugunsten der Luftwaffe, der Marine und spezialisierter Einheiten abgebaut, die mit der Bedienung fortschrittlicher Militärtechnologien betraut sind. In erster Linie sind hier Chinas Nukleararsenal sowie militärische Bereiche der Kommunikation zu nennen. Angesichts der Herausforderungen moderner Kriegsführung bemüht sich die chinesische Militärführung seit einiger Zeit ebenfalls, Spezialisten für Computertechnologie, Informationssicherheit, Satellitenkommunikation, elektronische Störsysteme und so fort als Reservisten zu rekrutieren. Einer Meldung der Nachrichtenagentur Xinhua zufolge hat das spezialisierte technische Personal inzwischen einen Anteil von 41% der Reserveeinheiten erreicht. Die Gesamtzahl der Reservisten, die einer zivilen Beschäftigung nachgehen und lediglich zu Übungen bzw. im Bedarfsfall aktiviert werden, ist unbekannt und nicht in den chinesischen Militärstatistiken erfasst.

Von besonderer Bedeutung ist auch die Erweiterung bzw. der Aufbau von Hochseeskapazitäten der chinesischen Marine. Erst Ende Dezember wurden die ersten zwei von acht in Russland bestellten dieselgetriebenen U-Boote an die chinesische Marine ausgeliefert. Obwohl das chinesische Verteidigungsministerium bislang immer dementiert hat bzw. sich zu dieser Frage nicht äußert, sind Militärexperten der Region überzeugt davon, dass China innerhalb der nächsten 15 bis 20 Jahre über mindestens einen eigenen Flugzeugträger verfügen wird, um die Reich-

weite seiner Marine und Luftwaffe entscheidend auszuweiten.

Während man auf der einen Seite die chinesischen Modernisierungs- und Aufrüstungsanstrengungen in Luftwaffe und Marine primär als aggressive Strategie gegen Taiwan und auch die Vorherrschaft der USA in der Region interpretiert, wird auch das chinesische Bedürfnis nach Sicherung der Versorgungswege durchaus anerkannt. Als zunehmend von Energieimporten abhängige Nation hat China ein vitales und legitimes Interesse, eigene Kapazitäten zum Schutz der betroffenen Schiffrouten aufzubauen. Mehr als 75% der chinesischen Ölimporte erreichen das Land derzeit auf dem Seeweg durch die Straße von Malacca.

Von Japan wird diese strategische Expansion Chinas, wie es das japanische Verteidigungsweißbuch nennt, auch im Zusammenhang mit den offenen Territorialfragen zwischen beiden Ländern gesehen. Angesichts des von Japan in Zusammenarbeit mit den USA verfolgten und weitgehend seegestützten Raketenabwehrprogramms könnte sich in den nächsten Jahren zusätzliches Konfliktpotenzial entwickeln. Die zeitgleiche Expansion der indischen Marine hingegen dürfte nicht zu Konflikten zwischen China und Indien führen, da beide Staaten ihre Einflussphären bislang ohne große Überschneidungen definieren. (ST, 3./30.12.05, 10.1.06; SCMP, 19.1.06; Xinhua, 21./29.12.05, nach BBC PF, 23./30.12.05; Interfax-AVN online, 22.12.05, nach BBC PF, 24.12.05; ZTS, 12.1.06, nach BBC PF, 14.1.06)

Kim Jong-ils Bildungsreise

Der nordkoreanische Partei- und Regierungschef Kim Jong-il weilte vom 10. bis 18. Januar zu einer zunächst unbestätigten inoffiziellen Reise in China. Die Reise führte Kim zunächst für eine Woche nach Wuhan, Yichang, Zhuhai und Shenzhen, wo er sich von den Früchten des chinesischen Reformprozesses überzeugen ließ, bevor abschließende Gespräche mit den wichtigsten Vertretern der chinesischen Staats- und Parteiführung in Beijing stattfanden.

Während die nordkoreanische Nachrichtenagentur KCNA lediglich davon sprach, Kim habe die chinesischen Erfolge der sozialistischen Modernisierung gelobt, zitierte Xinhua Kim mit den Worten, er habe die brillanten Errungenschaften gesehen, die in den südlichen Städten Chinas und besonders in den Wirtschaftssonderzonen auf allen Gebieten erreicht worden seien. Die Veränderung Chinas und die blühende Entwicklung habe tiefen Eindruck auf ihn gemacht. Der Besuch habe zu einem tieferen Verständnis und einer positiven Einschätzung der chinesischen Politik geführt, die darauf angelegt sei, den Geist zu befreien, den Talenten Wichtigkeit beizumessen, Innovation auf der Basis von individueller Initiative zu fördern und Anstrengungen für eine gesamtheitliche, koordinierte und nachhaltige Entwicklung zu machen. Eine Vertiefung der bilateralen Kooperation, so Kim weiter, werde eine bessere Erkundung eines Entwicklungsweges für sein Land ermöglichen, der auf die nationale Situation Nordkoreas abgestimmt sei.

Damit handelte es sich aus chinesischer Sicht ganz offensichtlich um eine erfolgrei-

che Bildungsreise Kim Jong-ils, dem die Erlungenschaften der chinesischen Reformen drastisch vor Augen geführt wurden. Die Reise ging offensichtlich auf eine Einladung seitens Hu Jintao zurück und dürfte aus chinesischer Sicht mit der Hoffnung verbunden gewesen sein, auch Nordkorea zu Reformen nach chinesischem Vorbild zu bewegen. Zumindest die Bewertungen Kims zum Abschluss seiner Reise deuten einen Erfolg an. Immerhin hatte dieser im Gewande ideologischen Standardvokabulars das chinesische Modell als erfolgreich und zumindest implizit auch mit dem sozialistischen Weg seines eigenen Landes grundsätzlich kompatibel bezeichnet. Hu Jintao betonte, China werde Nordkorea dabei unterstützen, einen Entwicklungsweg zu finden, der der Situation des Landes angemessen sei. Allerdings erhofft sich Nordkorea weiterhin ideelle und nicht zuletzt auch materielle Unterstützung von chinesischer Seite. Anders ist die Äußerung Kims kaum zu verstehen, die Perspektiven für die weitere Kooperation lägen darin, das jeder dem anderen das gebe, was er benötige.

Im Hinblick auf die Wiederaufnahme der Sechsergespräche zur Beilegung der nordkoreanischen Nuklearproblematik äußerten sich beide Seite in gewohnter Form. Man bestehe auf einer friedlichen Beilegung der Probleme auf dem Verhandlungswege. Grundsätzlich verfolge auch Nordkorea weiterhin die Absicht, eine nuklearwaffenfreie koreanische Halbinsel zu realisieren. Probleme bestünden jedoch hinsichtlich des Prozesses, der zu diesem Ziel führen könne. Nordkorea sei jedoch bereit, gemeinsam mit den chinesischen Genossen nach einem Weg

zur Überwindung der Schwierigkeiten zu suchen, die für Fortschritte in den Sechs-Parteien-Gesprächen ausgeräumt werden müssen. Konkrete Fortschritte in Richtung einer Wiederaufnahme der Gespräche, die sich insbesondere die USA von chinesischer Seite erhoffen, wurden jedoch nicht erkennbar. (SCMP, 17.1.06; KCNA, 18.1.06, nach BBC PF, 19.1.06; Xinhua, 18.1.06, nach BBC PF, 19.1.06)

Chinesisch-japanische Beziehungen auf neuem Tiefpunkt

Der bereits mehr als einhalb Jahre zurückliegende Freitod eines Angehörigen des japanischen Konsulats in Shanghai im Mai 2004 hat die ohnehin denkbar schlechten Beziehungen zwischen China und Japan zum Jahreswechsel zusätzlich belastet. Ende Dezember veröffentlichte das japanische Magazin *Weekly Bunshun* unter Berufung auf japanische diplomatische Quellen den bis dahin mit Diskretion behandelten Fall in einem sechsseitigen Artikel. Dabei wurde der Selbstmord des japanischen Konsulatsangehörigen als Ergebnis von Erpressungsversuchen seitens des chinesischen Geheimdienstes dargestellt. Es sei ein Abschiedsbrief zurückgelassen worden, in dem der Mann angegeben hatte, er sei von chinesischen Sicherheitsbehörden zur Herausgabe von Geheiminformationen genötigt worden. Man hätte ihn, so der japanische Medienbericht weiter, mit einer Affäre mit einer Hostess einer Karaoke-Bar erpresst.

Noch am selben Tag protestierte Japan offiziell gegen die damaligen Handlungen

chinesischer Behörden, die eine Verletzung der Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen darstellten, die Diplomaten Immunität und Unantastbarkeit garantiere. Nähere Ausführungen, worauf sich diese Anschuldigung gegen China gründet, blieb die japanische Regierung jedoch schuldig. In einer Pressekonferenz hieß es seitens des japanischen Außenministeriums lediglich, man sei zu der Überzeugung gelangt, es habe in dem Fall bedauerliche Aktionen chinesischen Geheimdienstpersonals gegeben, die Chinas Verpflichtungen zum Schutz von Diplomaten verletzt hätten.

Die chinesische Regierung reagierte auf die Anschuldigungen einerseits sachlich durch eine Erklärung auf der Webseite der chinesischen Botschaft in Tokio, China hätte eine Untersuchung in dem besagten Todesfall durchgeführt, die zu dem Ergebnis gekommen wäre, dass der Selbstmord in keiner Weise in Verbindung zur chinesischen Regierung gestanden hätte. Die japanische Seite selbst hätte den Selbstmord ihres Konsultatsangehörigen damals seiner Arbeitsüberlastung zugeschrieben.

In offiziellen Reaktionen des chinesischen Außenministeriums wurden jedoch Formulierungen gewählt, die deutlich machen, welchen neuen Tiefpunkt die gestörten Beziehungen zwischen China und Japan inzwischen erreicht haben. Die Stellungnahme des japanischen Außenministeriums wurden als widerwärtiges Verhalten bezeichnet, die Unterstellungen seien inakzeptabel. Japan, so hieß es weiter, handle aus niederen Beweggründen und besudele absichtlich das Ansehen Chinas.

Anfang Januar verurteilte das chinesische Außenministerium die Angelegenheit als erneuten Versuch Japans, Unruhe zu stiften. Ende Januar legte das dem chinesischen Außenministerium nahe stehende Magazin *World Affairs* mit der Anschuldigung gegen Japan nach, die japanische Regierung setze derartige haltlose Verdächtigungen in die Welt, um ihrerseits ihre unhaltbare These von der Bedrohung durch China zu stützen, Krisenstimmung zu schüren und die eigenen Aktivitäten zur [geheimdienstlichen] Informationsbeschaffung zu rechtfertigen.

Hintergrund dieser Auseinandersetzungen dürfte neben der insgesamt schlechten Wetterlage der bilateralen Beziehungen die im Dezember öffentlich abgegebene Einschätzung der japanischen Regierung sein, China stelle eine potenzielle militärische Bedrohung für die Stabilität der gesamten Region dar. Erst am 22. Dezember 2005 hatte der japanische Außenminister im Zusammenhang mit dem seit zwölf Jahren steigenden chinesischen Militärhaushalt explizit von einer Gefahr gesprochen und hinzugefügt, dies repräsentiere zunehmend eine ernst zu nehmende Bedrohung. Aus chinesischer Sicht wiederum sind dies Scheinargumente, die die Veränderung der japanischen Verteidigungsdoktrin und Japans eigene Aufrüstungsanstrengungen rechtfertigen sollen. (WSJ, 29.12.05; IHT, 29.12.05, 1.1.06; SCMP, 30.12.05, 2.1.06; ST, 30.12.05; XNA, 5./8.1.06; Kyodo, 31.12.05/5./27.1.06, nach BBC PF, 1./6./28.1.06)

China als Beobachter bei der SAARC

Auf dem 13. Gipfeltreffen der South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) wurde der Volksrepublik China der Status eines Beobachters gewährt. Die Mitglieder Bangladesch, Bhutan, Indien, Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka der im Jahr 1985 gegründeten und seither nicht erweiterten südasiatischen Regionalorganisation waren zu der Überzeugung gekommen, sowohl China als auch Japan, das ebenfalls zum Beobachter wurde, in geeigneter Weise mit der SAARC zu assoziieren, um dieser Organisation innerhalb Asiens Einfluss zu verschaffen.

Berichten zufolge war es trotz der indisch-chinesischen Annäherung hauptsächlich Indien, das sich als bislang eindeutig dominante Macht innerhalb der Gruppe gegen eine Assoziierung Chinas sperrte, während insbesondere die kleinen Mitgliedsstaaten durchaus nicht abgeneigt waren, die China-Karte zur Eindämmung der indischen Übermacht zu spielen. China selbst hatte sein Interesse an einer Beteiligung seit längerer Zeit geäußert. Letztlich war es Nepals überraschende Entscheidung, seine Zustimmung zu der längst beschlossenen Aufnahme Afghanistans von der Zulassung Chinas als Beobachter abhängig zu machen, die Mitte November zu der Gewährung des Beobachterstatus für die VRCh führte. Offensichtlich war das der Preis, den Nepals außenpolitisch isolierter König dafür zahlte, dass die chinesische Regierung als eine der wenigen in der Region dem Regime nach wie vor wohlwollend gegenübersteht. (ST, 23./26.11.05)

China und Indien vereint auf der Suche nach Ölquellen

China und Indien waren in der jüngsten Vergangenheit verschiedentlich als konkurrierende Bieter um Öl- und Gasvorkommen in Zentralasien, Afrika, Lateinamerika und im Nahen Osten aufgetreten. In beiden Staaten wurde die Befürchtung laut, dass die gestiegerte Nachfrage lediglich der Anbieterseite nütze und die Kosten für die Sicherung von Energiequellen für beide Länder in die Höhe treiben würde. Noch im Oktober hatte die chinesische China National Petroleum Corporation (CNPC) die indische Oil & Natural Gas Corporation (ONGC) in Kasachstan überboten und das Bieteverfahren um die PetroKazakhstan mit einer Kaufsumme von 4,2 Mrd. US\$ für sich entschieden.

Einen Präzedenzfall für eine mögliche zukünftige enge Zusammenarbeit in diesem Bereich schufen dann Ende November 2005 diese beiden unter staatlicher Kontrolle stehenden Konzerne mit einem gemeinsamen Gebot für die Übernahme eines Anteils von 38% am größten syrischen Ölproduzenten Al Furat Production Company. Die Anteile waren von der PetroCanada angeboten worden, die sich damit aus dem mehrheitlich von der Royal Dutch Shell kontrollierten Geschäft zurückzog. Der Wert der Anteile, die in diesem ersten Beispiel indisch-chinesischer Kooperation in diesem Bereich zum Kauf standen, wird mit 1 Mrd. US\$ beziffert. Der Kaufpreis betrug schließlich 573 Mrd. US\$.

Das Dilemma beider Staaten mit ihrem wachsenden Energiebedarf wird darin deutlich, dass gemutmaßt wird, die kanadische

PetroCanada habe sich in erster Linie von ihren Anteilen getrennt, weil die Produktionskapazität der Al Furat Ölfelder von 390.000 Barrel pro Tag im Jahr 1995 deutlich auf nur noch 177.000 Barrel pro Tag im Jahr 2005 gesunken ist. Beide Staaten sind erst sehr spät in den internationalen Wettlauf um fossile Rohstoffe eingestiegen und konkurrierten bislang rund um den Globus um Vorkommen, die von den bisherigen Hauptimporteuren fossiler Brennstoffe aus Wirtschaftlichkeitserwägungen oder aufgrund von Sicherheitskalkülen unbeachtet geblieben waren. Dies gilt für Vorkommen im Sudan ebenso wie für solche im Iran oder Myanmar oder anderen Ländern, denen das Etikett „prekäre Staatlichkeit“ bzw. „failed state“ anhängt oder deren politisches Verhalten diese ins internationale Abseits manövriert hat und wenig berechenbar ist. Damit ist letztlich die Sicherheit der Versorgung in Frage gestellt.

In der ersten Januarhälfte wurde während eines Besuchs des indischen Ölministers Mani Shankar Aiyar in Beijing auch auf politischer Ebene diese Form der zukünftigen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten besiegelt. Auf indische Initiative hin wurden mehrere Vereinbarungen geschlossen, worunter sich auch eine Übereinkunft befand, sich zukünftig gegenseitig über Kaufabsichten in Drittländern zu informieren, um ein gegenseitiges Hochtreiben von Preisen zu vermeiden. In einer zweiten Phase sollen dann formale Mechanismen für gemeinsame Gebote gefunden werden. Da sich die chinesischen Ölfirmen im Wettlauf um internationale Energiequellen bislang als überlegen erwiesen, bezweifeln Skeptiker aller-

dings die Tragfähigkeit der Vereinbarung. Man nimmt vielmehr an, dass chinesische Konzerne kaum dazu bereit sein werden, ihre Geschäftspläne zu offenbaren. Das Gleiche trifft jedoch auch auf indische Ölgesellschaften zu.

Die zwischen beiden Regierungen getroffenen Vereinbarungen beinhalten jedoch auch Absichtserklärungen für die Aufnahme der Zusammenarbeit in Bereichen wie Exploration und Raffinierung von Öl und Gas, den möglichen Bau von grenzüberschreitenden Pipelines, Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Energieeffizienz sowie im Hinblick auf Ersatzbrennstoffe wie Biodiesel. (SCMP, 13.1.06; FT, 29.11.05, 13./14.-15.1.06; ST, 9.1.06; PTI, 12.1.06, nach BBC PF, 13.1.06)

China verseucht russischen Fluss

Nachdem ein Unfall in einer Chemiefabrik in Nordostchina am 13. November zunächst die Trinkwasserversorgung auf chinesischem Territorium beeinträchtigt hatte, erreichte die Giftfracht über den Fluss Songhua Mitte Dezember auch Russland. Im Vorfeld hatte sich der chinesische Außenminister Li Zhaoxing bereits Ende November offiziell beim russischen Botschafter in China für die Folgen des Chemieunfalls entschuldigt. China bot Hilfen zur Vermeidung von Umweltschäden im konkreten Fall an und stellte den russischen Behörden relevante Daten zur Verfügung. Li betonte, China werde alle relevanten Informationen an Russland liefern und sei bereit, sich dem Problem verantwortlich zu stellen. Hilfen

und Unterstützung sei von chinesischer Seite jederzeit verfügbar, sofern dafür ein Bedarf auf russischer Seite bestehe.

Der russische Botschafter war offenbar bemüht, den Vorfall möglichst reibungslos beizulegen. Er wolle die russische Regierung informieren. Ansonsten sollten beide Seiten den Vorfall aus der strategischen Perspektive der bilateralen Kooperation behandeln. Eine mögliche materielle Kompensation für möglicherweise entstehende Schäden auf russischem Territorium blieben ein Tabu sowohl auf Seiten der chinesischen als auch seitens der russischen Regierung. China lieferte Anfang Dezember 150 t Aktivkohle für die Filterung von Trinkwasser. Darüber hinaus wurde Mitte Dezember ein Damm errichtet, um den Zufluss eines Teils der Giftflut auf russisches Territorium zu unterbinden. (SCMP, 27.11.05, 2.12.05; WSJ, 1./17./20.12.05; XNA, 26.11.05, 6.12.05; Xinhua, 26.11.05, nach BBC PF, 27.11.05; RIA Novosti, 22.12.05, nach BBC PF, 23.12.05; IHT, 27.11.05)

Innenpolitik

Heike Holbig und
Katrin Willmann

Personelle Umbesetzungen auf Provinz- und Ministerialebene

In vier Provinzeinheiten und zwei Ministerien wurden Ende Dezember 2005 die Spitzenpositionen neu besetzt. Im Vorfeld des XVII. Parteitags der KPCh im Herbst 2007 sind die jüngsten personellen Änderungen

als Weichenstellungen der Parteispitze unter Hu Jintao für die Formierung der nächsten, „fünften Führungsgeneration“, also der Generation aussichtsreicher Politiker im Alter zwischen Ende Dreißig und Ende Fünfzig, zu werten.

Neu besetzt wurden die Ämter der Parteisekretäre in den Provinzen Heilongjiang, Guizhou, Hunan und in der regierungsunmittelbaren Stadt Chongqing. Während Qian Yunlu, 61, der zukünftige Parteisekretär Heilongjiangs, bislang als Parteisekretär in einer anderen Provinz (Guizhou) tätig war, wechseln in die anderen drei genannten Provinzeinheiten Politiker, die bislang Spitzenämter in zentralen Regierungs- und Parteiorganen eingenommen hatten.

Parteisekretär in Guizhou wird der 59-jährige Shi Zhongyuan, der zuletzt seit dem Jahr 2001 als Leiter des staatlichen Hauptamtes für Presse und Verlagswesen fungierte und aus früheren Tätigkeiten über Arbeitserfahrungen in den Provinzen Gansu und Jilin verfügt. Der 52-jährige Zhang Chunxian, der seit dem Jahr 2002 Verkehrsminister und zuvor in Yunnan tätig war, wird Parteisekretär der Provinz Hunan. Zum neuen Parteisekretär der regierungsunmittelbaren Stadt Chongqing wurde schließlich der 50-jährige Wang Yang berufen, der zuletzt als stellvertretender Generalsekretär des Staatsrats und zuvor als stellvertretender Leiter der vormaligen Staatlichen Planungskommission fungiert hatte. Für die neue Tätigkeit in Chongqing dürfte er sich insbesondere durch seine Mitgliedschaft im Staatsratskomitee für das Drei-Schluchten-Staudammprojekt qualifiziert haben, von dessen Verlauf die weitere ökonomische Ent-